

PRESSEMITTEILUNG

Sozialpolitik

Nr. 314/11 vom 28. Juli 2011

Ursula Sassen: Der Bund darf das FSJ nicht beschädigen

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ursula Sassen, sagte zu der vom Bund geplanten Quote bei den Freiwilligendiensten:

„Wir verfügen in Schleswig-Holstein mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) über gut etablierte und von der Zielgruppe hervorragend nachgefragte Freiwilligendienste. Darüber hinaus plant die Kieler Koalition die Einführung eines FSJ Politik, wie es in anderen Bundesländern bereits geschehen.

Es kann nicht angehen, dass der Bund jetzt mit einer Quotenregelung diese Dienste beschädigt, nur um den neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) zu stärken. Dies würde für die Sozialverbände eine weitere Belastung bedeuten. Es war zu erwarten, dass der Übergang von der Aussetzung des Wehrdienstes und des damit verbundenen Zivildienstes zum BFD nicht reibungslos funktioniert.

Ich bin dennoch zuversichtlich, dass sich auch der BFD nach den Anfangsschwierigkeiten durchsetzen wird. Er spricht neben dem Personenkreis der FSJler weitere interessierte und sozial engagierte Bürger an. Diese müssen aber auch erst überzeugt werden und Vertrauen gewinnen. Wer glaubte, dass das innerhalb eines halben Jahres möglich sei, den haben die Anmeldezahlen für den BFD nun eines besseren belehrt.

Wir jedenfalls werden uns weiterhin für die schleswig-holsteinischen Freiwilligendienste einsetzen“, erklärte Sassen.